

BM

Das Magazin für
Beamtinnen und Beamte

AUSGABE 07/08-2020



DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2020

INTERESSENVERTRETUNG MIT PFIFF



INTERVIEW

mit dem ver.di-Vorsitzenden
Frank Werneke

DGB-INITIATIVE

Ein halbes Jahr: Vergiss nie,
hier arbeitet ein Mensch



Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsgeld i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 01.07.2020.

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbbank.de
und auf www.bbbbank.de

Folgen Sie uns



BB  **Bank**
Better Banking



04

TITEL

Deutscher Personalräte-Preis 2020
Interessenvertretung mit Pfiff



07

INTERVIEW

mit dem ver.di-Vorsitzenden
Frank Werneke



08

MELDUNGEN AUS BUND UND LÄNDERN



16

DGB-INITIATIVE

Ein halbes Jahr: Vergiss nie,
hier arbeitet ein Mensch

18

VERMISCHTES

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

zwischen Mehr- und Kurzarbeit, Homeschooling und Homeoffice, hoher Belastung und freundlichem Applaus, turbulenten Videokonferenzen und schlechtem WLAN war die Arbeitswelt in den letzten Wochen auf den Kopf gestellt. Und nach Entschleunigung fühlte (und fühlt) sich das für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst sicher nicht an. Eine engagierte und kompetente Personalvertretung ist deshalb wichtiger denn je. Aber auch jenseits einer Ausnahmesituation wie der Corona-Pandemie verdient deren Arbeit mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Am 11. November wird deshalb im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin wieder der Deutsche Personalräte-Preis verliehen. Er wurde 2010 von der Fachzeitschrift Der Personalrat ins Leben gerufen. Die Jury hat Ende Juni getagt – wenig überraschend in Form einer Videokonferenz – und war auch in diesem Jahr sehr erfreut über die große Auswahl. 37 spannende Projekte wurden eingereicht. Die Nominierten wollen wir Ihnen im BM vorstellen.

Im Vorfeld der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde Bund und Kommunen haben wir außerdem mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke ein Gespräch über die Ziele und die Bedeutung von Tarifverhandlungen im Kontext der Corona-Pandemie geführt.

Eine anregende Lektüre und einen entspannten Sommer!



Niels Spilker

Politischer Referent,
Abteilung Öffentlicher Dienst
und Beamtenpolitik beim
DGB-Bundesvorstand

Foto: Simone M. Neumann

IMPRESSUM



Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack | Redaktion: Alexander Boettcher, Lisa Kranz, Silvia Pahlke, Danny Prusseit, Henriette Schwarz, Niels Spilker, Sigrid Werner | Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim | Telefon: 0179 4299228, Telefax: 0211 7300275, infoservice@beamten-informationen.de, www.dgb.de/beamtenmagazin, www.dgb.de/beamtenmagazinabo | Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen | Titelbild: istockphoto.com/skynesher | Druck: B & W Druck und Marketing, Bochum | Druck auf Recyclingpapier, aus 100 % Recyclingfasern, FSC®-zertifiziert | Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 27. Jahrgang / Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr | Jahresbezugspreis inkl. Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“: 22,50 Euro inkl. Zustellgebühr

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2020

INTERESSENVERTRETUNG MIT PFIFF

Bereits zum zehnten Mal in Folge wird in diesem Jahr der Deutsche Personalräte-Preis verliehen. Die Nominierten für 2020 stehen jetzt fest. Aus allen Einsendungen wählte die Jury zehn beispielhafte Projekte als KandidatInnen für die drei Edelmetall- und die beiden Sonderpreise für Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Schwerbehindertenvertretungen aus. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift Der Personalrat und wird ausgelobt vom Frankfurter Bund-Verlag. Die Bekanntgabe der SiegerInnen und die Preisverleihung erfolgen traditionell auf dem Schöneberger Forum am 11. November in Berlin.

DIE NOMINIERTEN FÜR DEN DEUTSCHEN PERSONALRÄTE-PREIS 2020

Örtlicher Personalrat Bundeskriminalamt Berlin

Innovative Ausgestaltung von Personalversammlungen zur Erhöhung der Mitarbeiterbeteiligung

Wie lassen sich Personalversammlungen lebendiger gestalten, die Beschäftigten aktiver einbinden und langatmige Monologe verhindern? Der Personalrat führte dazu grundlegende Änderungen an der Veranstaltungsstruktur durch. Den Schwerpunkt bildet jetzt eine Podiumsdiskussion mit dem Vorstand des Personalrats, der Amtsleitung und weiteren VertreterInnen. Hier werden Fragen der Beschäftigten aufgegriffen, die diese über einen QR-

Code direkt an die Fragerunde weiterleiten und sich so aktiv an der Versammlung beteiligen können.

Personalrat der studentischen Beschäftigten Technische Universität Berlin

Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit

Für die rund 2.500 studentischen MitarbeiterInnen der TU Berlin war die Frage zu beantworten, wie zukünftig deren Arbeitszeit und anfallende Mehrarbeit erfasst werden sollten. Das Gremium entwickelte eine Dienstvereinbarung dazu und konnte in lang-

wierigen Verhandlungen erreichen, dass keine Leistungs- und Verhaltenskontrolle stattfindet. Auf Basis dieser Regelungen können die Beschäftigten nun Beruf, Studium und Privatleben besser vereinbaren.

Gesamtpersonalrat AOK PLUS – die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen, Chemnitz

Ein PLUS an Miteinander – Zeitspende für KollegInnen
Durch den Corona bedingten Lockdown standen zahlreiche MitarbeiterInnen vor der Herausforderung, im Homeoffice zu arbeiten und gleichzeitig Kinder zuhause zu betreuen. Auf Initiative des Gesamtpersonalrats wurden Zeitspenden für betroffene KollegInnen ermöglicht, damit deren Arbeitsfähigkeit nicht leidet. Durch die Umwidmung eines Teils der Zeitgutschrift für teamfördernde Maßnahmen konnten Beschäftigte mit Betreuungsaufgaben im häuslichen Umfeld profitieren. Für diese Regelung wurde eine bestehende Dienstvereinbarung befristet geändert.

Jugend- und Auszubildendenvertretung Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der JAV

Zur Verbesserung der Wahrnehmung und Sichtbarkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung entwickelte das Gremium verschiedene Ideen und Maßnahmen. Ein vierteljährlicher Newsletter informiert über aktuelle Themen speziell für die Auszubildenden. In Form von eigenproduzierten Videos werden verschiedene MitarbeiterInnen vorgestellt. Ein anonymes Postfach bietet die Möglichkeit, Lob, Kritik und Anregungen zu äußern.

Hauptpersonalrat Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Dresden

Sozialplan zum Ausgleich oder zur Milderung von wirtschaftlichen Nachteilen infolge von Standortverlagerungen

Eine Standortkonzentration führte dazu, dass sich für viele MitarbeiterInnen der Arbeitsweg zum Teil deutlich verlängerte. Zudem mangelt es an der Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Der HPR ging in Verhandlungen und gerichtliche Auseinandersetzung bis zum BVerwG, um einen finanziellen Ausgleich für

die wirtschaftlichen Nachteile zu erreichen. Die Hartnäckigkeit zahlte sich für die MitarbeiterInnen aus, denn das Gericht entschied, dass ein Sozialplan verhandelt werden muss. Dieser beinhaltete auch Abfindungszahlungen.

Personalrat Stadtverwaltung – Allgemeine Verwaltung, Düsseldorf

Neue Reinigung für Düsseldorf

Durch Outsourcing sollte der städtische Reinigungsdienst vollständig aufgegeben werden. Der Personalrat wehrte sich nachhaltig gegen den Abbau der Eigenreinigung und band dazu auch die Öffentlichkeit und die lokale Politik ein. Aus einem ursprünglichen Rationalisierungsvorhaben der Dienststelle entstanden schließlich zahlreiche neue Arbeitsplätze in der Verwaltung mit tariflich gesicherten Arbeitsbedingungen. Zudem konnte der Per-

DIE JURYMITGLIEDER

- Ellen Bartelheimer, Personalratsvorsitzende der Kreisverwaltung Bergstraße
- Christine Behle, Stellvertretende Vorsitzende im ver.di-Bundesvorstand und Fachbereichsleiterin Bund, Länder und Gemeinden
- Prof. Dr. Monika Böhm, Professorin an der Philipps-Universität Marburg
- Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des DGB, verantwortlich für die Bereiche Bildung und Forschung, Jugend, Frauen und den öffentlichen Dienst
- Sven Hüber, Vorsitzender des Bundespolizei-Hauptpersonalrats beim Bundesministerium des Innern
- Anne Kilian, Mitglied im Schulhauptpersonalrat beim Niedersächsischen Kultusministerium
- Michael Kröll, verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »Der Personalrat«
- Jörg Radek, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei
- Maria Rosenke, Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

sonalrat erreichen, dass sich die Vergabepaxis nicht ausschließ-
lich am Preis orientiert.

Hauptschwerbehindertenvertretung Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Erfurt

Inklusionsvereinbarung

Auf Basis einer gemeinsamen Diskussion mit Schwerbehinderten-
vertretung und Hauptpersonalrat verhandelte die Hauptschwer-
behindertenvertretung eine umfassende Inklusionsvereinbarung.
Schwerpunkte bilden die Herstellung der Barrierefreiheit und die
Qualifizierung schwerbehinderter Beschäftigter. Auch die perso-
nalführende Dienststelle wird besonders eingebunden, indem sie
schwerbehinderte Bedienstete unterstützen und fördern soll.

Jugend- und Auszubildendenvertretung Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei, Eutin

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Auf Initiative der JAV wurde die Polizeischule Eutin die erste Poli-
zeischule mit dem Titel *Schule gegen Rassismus – Schule mit Cou-
rage*. Damit setzen die Jugend- und AuszubildendenvertreterIn-
nen ein deutliches Zeichen dafür, dass sich junge AnwärterInnen
vom latenten Vorwurf des Rassismus bei der Polizei distanzieren.
Das Thema wurde Inhalt verschiedener Unterrichtseinheiten und
von Podiumsdiskussionen. Hinzukam eine Unterschriftenaktion
und eine Luftbildaufnahme, bei der sich die TeilnehmerInnen so
aufstellten, dass der Schriftzug „No Racism“ zu lesen war.

Gesamtpersonalrat LehrerInnen des Staatlichen Schulamtes, Frankfurt/Main

Dienstvereinbarung Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen

Die Zahl der Überlastungsanzeigen nahm kontinuierlich zu. Der
GPR verhandelte vor diesem Hintergrund eine Dienstvereinba-
rung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Damit wird die Um-
setzung verschiedener Arbeitsschutzgesetze erreicht und die Ge-
fährdungsbeurteilung geregelt. Im Rahmen von regelmäßigen
Gefährdungsanalysen sollen vor allem auch psychische Belastun-
gen bewertet werden.

Personalrat und Schwerbehindertenvertretung Hochschule, Hannover

Entwicklung und Abschluss einer Inklusionsvereinbarung

Der Personalrat und die SBV vereinbarten weitreichende Rah-
menbedingungen sowie Maßnahmen und Nachteilsausgleiche,
um die Inklusion behinderter Menschen zu fördern und voranzu-
treiben. Dazu zählen die Steigerung des angestrebten Anteils von
Beschäftigten mit Behinderung auf 7,5 Prozent und das explizite
Einbeziehen von Auszubildenden, außerdem Regelungen zu Hilfs-
mitteln und der Arbeitsplatzausstattung.



Weitere Informationen finden Sie unter
www.dprp.de
www.schoeneberger-forum.de

KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

Fachklinikum Borkum

Sonne – Wind – Meer. Das Fachklinikum Borkum ist Garant für
Ihre Gesundheit. Das ganzheitliche Behandlungsangebot richtet
sich an Erwachsene Patienten (auch mit Begleitkind). Behan-
lungsschwerpunkte sind: Asthma bronchiale und Heuschnupfen,
Chronische Atemwegserkrankungen (z.B. COPD, obstruktive
Bronchitis), Neurodermitis,
Erkrankungen des atopischen
Formenkreises, Chronische
und allergische Hauterkran-
kungen (u.a. Kontaktekzeme,
Urtikaria, Psoriasis).



www.fachklinikum-borkum.de



Psychosomatische Privatklinik in Bad Grönenbach

Die Akutklinik für Privatpatienten und Selbstzahler bietet
Menschen mit psychischen Krisen und Erkrankungen eine um-
fassende ärztliche und psychotherapeutische Behandlung zur
Krisenintervention und für tiefer gehende psychotherapeu-
tische Prozesse an. Die Klinik bietet sowohl für eine kurzfristige
Stabilisierung als auch für die psychotherapeutische
Behandlung von lang-
wierigen und komplexen
Schwierigkeiten die richtige
Therapie.



www.psychosomatische-privatklinik.eu





„Eine falsche Lohnpolitik hat das Potential dazu, die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise zu vereiteln.“



Informationen zur Tarifrunde:
unverzichtbar.verdi.de

Interview mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Auftakt der Tarifverhandlungen ist der 1. September.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben in den ersten Wochen der Covid-19-Pandemie viel Applaus für ihre Arbeit erhalten. Wie werden die Arbeitgeber den Beschäftigten in der bevorstehenden Tarifrunde ihre Wertschätzung zeigen?

Bereits anlässlich der Sondierung mit den kommunalen Arbeitgebern, in der wir die Möglichkeiten einer Verschiebung der Tarifrunde mit einer angemessenen Einmalzahlung verbinden wollten, ist deutlich geworden, dass sich die kommunalen Arbeitgeber verweigern: Sie wollen keine zeitliche Verschiebung, die den deutlich eingeschränkten Möglichkeiten zur demokratischen Willensbildung in den Gewerkschaften und dem Wunsch nach einer besseren Vorbereitung Rechnung trägt und sie sehen auch keine Notwendigkeit für eine Geste der Wertschätzung. Eine respektable Einmalzahlung an die Beschäftigten lehnen sie ab. Das ist absolut enttäuschend. Darauf werden die Beschäftigten im Herbst eine angemessene Antwort geben. In den entsprechenden Gesprächen mit dem Bund gab es übrigens positivere Signale.

Was sind die tarifpolitischen Ziele von ver.di und wie sollen sie erreicht werden?

Unser Ziel ist eine Gehaltserhöhung, und zwar eine, in der auch die herausragende Leistung und die wichtige Rolle der öffentlichen Beschäftigten in der Covid-19-Pandemie ablesbar ist. Es kann ja wirklich nicht sein, dass gestern noch den Beschäftigten – zu Recht – applaudiert wurde und sich auch die Arbeitgeber in diesem Ruhm gesonnt haben und heute die gleichen Arbeitgeber von ihren Beschäftigten Dankbarkeit dafür einfordern, dass sie überhaupt arbeiten gehen dürfen. Das ist dreist. Wenn die Covid-19-Pandemie eines gezeigt hat, dann die wichtige Rolle eines funktionierenden öffentlichen Dienstes. Und – das trifft für den öffentlichen Dienst zu, aber auch ganz grundsätzlich für Tarifverhandlungen in diesen Zeiten – Lohnsteigerungen

haben auch eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Gerade jetzt gilt es, direkt und dauerhaft die Nachfrage zu stimulieren. Eine falsche Lohnpolitik hat das Potential dazu, die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise zu vereiteln.

Ist die Zukunft der Azubis – wie in anderen Branchen – im öffentlichen Dienst besonders gefährdet?

Die Covid-19-Pandemie hat nach unseren Beobachtungen keine negativen Auswirkungen auf die Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Dienst. Im Gegensatz zu anderen Branchen können die jungen Kolleginnen und Kollegen ihre Ausbildung fortsetzen. Problemanzeigen dazu liegen uns jedenfalls bislang nicht vor. Die Frage der Auszubildenden wird aber auch in der anstehenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst eine Rolle spielen, die Regelung zur Übernahme läuft turnusmäßig aus. Ich setze darauf, mit den Arbeitgebern in dieser Frage eine einvernehmliche Lösung erzielen zu können.

Im Vorfeld der Tarifrunde hatte ver.di die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu ihren Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünschen befragt. Was sind die zentralen Befunde und wie geht es mit dem Thema weiter?

Fragen rund um die Arbeitszeit genießen unverändert Interesse. Die Beschäftigten wünschen sich je nach Alter, Tätigkeit und Lebenssituation mehr Zeitsouveränität und größere Flexibilität – das wird aus den vielen unterschiedlichen Antworten deutlich. Klar ist aber auch, dass sich entsprechende Spielräume nur dann auftun, wenn beim Lohnabschluss ein Volumen realisiert wird, dass im Nachgang echte Wahlmöglichkeiten bietet. Überfällig ist zudem die Abschaffung der längeren Arbeitszeit in Ostdeutschland – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das ein Unding.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Sie arbeiten für Menschen. Wir kümmern uns um Sie.

Als Selbsthilfeeinrichtung für den Öffentlichen Dienst erhalten Sie von uns stets die passende Versicherung und Vorsorge, besonders günstige Beiträge und einen herausragenden Service.

Holen Sie Ihr Angebot bei:
MBoeD@nuernberger.de

www.nuernberger.de

Einfach
passend für den
Öffentlichen
Dienst

MELDUNGEN

BUND

UPDATE: SONDERURLAUB UNTER BEZÜGEFORTZAHLUNG

Seit dem 10. April gilt: BundesbeamtInnen, die aufgrund der Corona-Pandemie ihre Kinder betreuen oder Angehörige pflegen müssen, kann Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge gewährt werden. Die dafür bisher geltende Begrenzung auf 20 Tagen wird nun aufgestockt, wie das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mitteilt. Denn am 28. Mai beschloss der Bundestag eine Anpassung der Entschädigungsregelung nach § 56 Abs. 1a Infektionsschutzgesetz (IfSG). Eltern erhalten demnach die Möglichkeit, die Entschädigung wegen des Verdienstauffalls für die Dauer von höchstens zehn Wochen (statt bislang: sechs Wochen) zu beantragen. Aus dem BMI verlautet, dass diese Anpassung auf die BeamtInnen des Bundes übertragen wird. Die Regelung aus dem Rundschreiben vom 7. April bzgl. des Sonderurlaubs nach § 22 Abs. 2 SurlV werden demnach entsprechend ausgeweitet. Die Berechnungsmethode wird beibehalten, insofern kann BeamtInnen dann über 30 Tage Sonderurlaub gewährt werden. Das BMI hat dazu ein neues Rundschreiben angekündigt.



Foto: istockphoto.com/AleksandarNakic

BUND

NEUE ABTEILUNG DIGITALE VERWALTUNG IM BMI

Im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) wurde Anfang Juni die neue Abteilung „Digitale Verwaltung“ geschaffen. Darin sollen künftig sämtliche Kompetenzen rund um die Digitalisierung der Verwaltung konzentriert werden. Aus fünf Organisationseinheiten bestehend, wird die neu eingerichtete Abteilung rund 100 MitarbeiterInnen umfassen. Deren Themenbereiche sind breit gestreut und reichen vom elektronischen Identitätsmanagement über die Infrastruktur bis hin zu Online-Verfahren und Registermodernisierung; zusätzliche Schwerpunkte liegen bei der Verwaltungsmodernisierung und -organisation. Mit der Abteilungsleitung wurde Ernst Bürger betraut, der seit 1998 für das BMI tätig ist. Mit der Schaffung der neuen Abteilung reagiere man laut Bundesminister Horst Seehofer (CSU) nicht zuletzt auch auf die Lehren der COVID-19-Pandemie, die den Stellenwert der Digitalisierung eindringlich hervorgehoben habe.

BADEN-WÜRTTEMBERG

DGB FORDERT MEHR NACHHALTIGKEIT BEI DIENSTREISEN

Im Rahmen der Anpassungen des Klimaschutzgesetzes soll in Baden-Württemberg auch das Landesreisekostengesetz in Nuancen angepasst werden. Für den DGB Baden-Württemberg sind die Veränderungen bei weitem nicht ausreichend. „Das aktuelle Verfahren böte die Chance, die seit einigen Jahren auf Eis liegende grundlegende Novellierung anzugehen“, sagt DGB-Vize Gabriele Frenzer-Wolf zum aktuellen Gesetzgebungsverfahren. „Damit könnte das Verfahren vereinfacht und so eine Entlastung der Beschäftigten erreicht werden. Zugleich würde das Land seiner Rolle als Vorreiter für den Klimaschutz auch wirklich gerecht.“ Maßnahmen für mehr Klimaschutz wären aus Sicht des DGB Baden-Württemberg u. a. eine Erweiterung des Fahrzeugbegriffs, ein Jobticket-Zuschuss auch für Job-Bikes, Gleichstellung von Rädern mit Kfz und freie Fahrt im ÖPNV für die Beschäftigten des Landes. Auch müssten die Reisekosten für AnwärterInnen von 50 auf 100 Prozent angehoben werden.

BAYERN

MASKENSCHUTZKONZEPT KEIN FALL FÜR DIE MITBESTIMMUNG

So sieht es zumindest das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Bei der Umsetzung des Maskenschutzkonzeptes sei die Personalvertretung auf dem Wege der vertrauensvollen Zu-

sammenarbeit einzubeziehen, eine mitwirkungs- oder mitbestimmungspflichtige Maßnahme liege hingegen nicht vor. Schließlich sei das mit der Corona-Pandemie einhergehende Infektionsrisiko keine kausale Folge einer bestimmten Tätigkeit. Der DGB Bayern kritisiert diese Rechtsauffassung. Im vorliegenden Fall sei sowohl das Recht auf Mitbestimmung gemäß Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 8 (Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen) sowie das Mitwirkungsrecht nach Art. 76 Abs. 1 Nr. 2 BayPVG (Regelung der Ordnung in der Dienststelle und des Verhaltens der Beschäftigten) einschlägig. Der DGB verwies auf das Rauchverbot, das als mitbestimmungspflichtig aufgrund der genannten Paragraphen gilt, obwohl kein unmittelbarer Bezug zwischen dem Rauchen und der Tätigkeit bestehe.

BERLIN

FÜHRERSCHEIN-ZUSCHUSS FÜR NACHWUCHSKRÄFTE

Die Voraussetzungen sind geschaffen: 1.000 Euro Zuschuss zum Erwerb des Führerscheins der Klasse B erhalten Auszubildende und Studierende der Berliner Polizei. Bereits seit Ende Juni besteht mittels eines entsprechenden Antrags, den die Berliner Polizei in ihrem Intranet zur Verfügung stellt, die Möglichkeit, diesen Zuschuss anzufor-



Foto: istockphoto.com/dragana991

dern. Antragsberechtigt sind alle, die im Jahr 2020/2021 ihre Ausbildung (mittlerer Dienst) bzw. ihr Studium (gehobener Dienst) erfolgreich beenden und ins Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden. Der Zuschuss in Höhe von maximal 1.000 Euro (steuerfrei) wird rückwirkend auch an diejenigen bezahlt, die ihren Führerschein frühestens innerhalb eines Jahres vor Ausbildungsbeginn erworben haben. Die GdP Berlin begrüßt diesen Zuschuss und sieht darin einen wichtigen Schritt im Konkurrenzkampf um geeigneten Nachwuchs. Der Führerschein der Kategorie B gilt bei der Polizei als Einstellungsvoraussetzung, kann aber auch noch während der Ausbildung oder des Studiums vorgelegt werden. Den Zuschuss erhalten auch Auszubildende der Berliner Feuerwehr.

BRANDENBURG

REGELN FÜR DEN EINSATZ DIGITALER MEDIEN

Die GEW Brandenburg fordert vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Fragen zur Einhaltung des Datenschutzes und der Androhung von Bußgeldern wegen möglicher Verstöße beim Einsatz digitaler Medien im Distanzunterricht mehr Transparenz. Nach ihrer Ansicht ist es deshalb zwingend notwendig, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Land Brandenburg eindeutige Regeln zum Einsatz digitaler Medien und zum Schutz der Lehrkräfte erarbeitet und den Schulen zur Verfügung stellt. Denn abzusehen ist laut GEW, dass auch mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 digitale Bildungsangebote zur Absicherung des Unterrichtes unverzichtbar sein werden, da ein Teil der SchülerInnen und ca. 15 bis 20 Prozent der Lehrkräfte nicht direkt am Präsenzunterricht werden teilnehmen können. „Für diese Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler ist der Einsatz digitaler Medien unverzichtbar“ stellte der GEW-Landesvorsitzender Günther Fuchs in diesem Zusammenhang noch einmal klar.

BREMEN

WEITERER BEFÖRDERUNGSTERMIN FÜR BEAMTINNEN BESCHLOSSEN

Neben dem 1. Januar wird es zukünftig einen weiteren Termin für die Höhergruppierung der BeamtInnen geben. Das hat der Bremer Senat Anfang Juli beschlossen. In diesem Jahr soll es der 1. September sein, in den Folgejahren dann der 1. Juli. Nach einer groben Schätzung des Finanzressorts werden jährlich rund 600 BeamtInnen befördert. Prinzipiell gelte diese Regelung allerdings für 12.000 BeamtInnen in Bremen. Auch ein Teil der BeamtenanwärterInnen werde von der vorgezogenen Anhebung von Dienststrang und Besoldung profitieren. Mit Mehrkosten sei durch den Beschluss aber für den bremischen Haushalt nicht zu rechnen, da die einzelnen Senatsressorts die Aufwendungen für die zum 1. September anstehende Beförderungswelle aus ihren jeweiligen Budgets bestreiten müssten. Allerdings solle die Gesamtzahl der Höherstufungen auf dem bisherigen Niveau bleiben. Für die Gewerkschaften ist mit dem Beschluss des Bremer Senats eine Verbesserung der Einzelfallgerechtigkeit umgesetzt.

Höchste Zeit, ...



Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Info
(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de



HAMBURG

AUSRÜSTUNG MIT BODYCAMS

Auf Grundlage der in vielen Bundesländern gesammelten guten Erfahrungen mit dem Einsatz von Bodycams, fordert die Gewerkschaft GdP auch in Hamburg alle PolizistInnen damit auszustatten. Neben anderen Vorteilen ließen sich mit den Aufnahmen komplexe Einsatzgeschehen im Nachhinein besser rekonstruieren. Zudem ist in Bundesländern und bei der Bundespolizei, wo die Kameras schon länger



Foto: REUTERS / RALPH ORLOWSKI - stock.adobe.com

im Einsatz sind, dokumentiert, dass die Zahl der zu verzeichnenden Angriffe auf PolizistInnen zurückgegangen ist, stellte GdP-Landesvorsitzender Horst Niens heraus. Die Gewerkschaft ist zum Thema bereits im Gespräch mit dem Innensenator Andy Grote (SPD). Dieser signalisierte seine Unterstützung für die Forderung. Die Voraussetzungen zum Ausbau des Einsatzes der Kameras liegen laut GdP für Hamburg bereits vor. „Die Polizei Hamburg hat die Bodycams erfolgreich pilotiert, setzt sie mittlerweile – wenn auch zahlenmäßig nur in stark begrenztem Umfang – jedoch immerhin regelmäßig ein und hat auch die Vorschriftenlage entsprechend angepasst“, machte Niens klar.

HESSEN

GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE
WIRKSAM ENTGEGENTRETEN

Vor dem Hintergrund, dass laut polizeilicher Kriminalstatistik im Jahr 2019 in Hessen 2.037 Fälle von Gewalttaten gegen PolizeivollzugsbeamtenInnen sowie Sicherheits- und Rettungskräfte erfasst wurden, mahnte der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen anlässlich des Tages des öffentlichen Dienstes am 23. Juni die Zunahme an Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst und dem privatisierten Bereich an. Nicht nur bei der Polizei sei eine Zunahme an Gewalt zu verzeichnen. Übergriffe auf MitarbeiterInnen der Deutschen Bahn hätten sich in wenigen Jahren fast verdreifacht. Daneben seien auch Beschäftigte der Ordnungs- und Bürgerämter, von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Entsorgungsunternehmen immer wieder von

verbalen und teilweise körperlichen Attacken betroffen. Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen Michael Rudolph fordert hier die Ursachen des Frustes mancher Menschen in den Blick zu nehmen: „Dazu gehören Personalmangel in den Dienststellen, fehlende Investitionen in die Infrastruktur, ungelöste soziale Probleme und falsche gesetzliche Weichenstellungen“, so Rudolph.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

11 MILLIONEN EURO FÜR TABLETS UND CO.

Diese Summe stellt das Land zum Erwerb für digitale Endgeräte – Tablets und Laptops – den Schulträgern (bei den öffentlichen Schulen sind das die Landkreise oder kreisfreien Städte) bereit. Davon kommen rund zehn Millionen Euro aus dem Digitalpakt des Bundes, der wegen der Corona-Krise zusätzliches Geld zur Verfügung stellt, um den digitalen Unterricht zu sichern, eine Million bringt das Land ein. Die Bildungsministerin Bettina Martin (SPD) verdeutlichte in diesem Zusammenhang nochmals, dass digitale Bildung nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen dürfe. Zudem haben die vergangenen Monate gezeigt, wie wichtig digitales Lernen ist, so Martin. Wie das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur am 2. Juli



Foto: Rockphoto.com/Breuns

verkündete, wurde allen Schulträgern ihr Budget bereits mitgeteilt und der vorzeitige Vorhabenbeginn erlaubt, so dass die Schulträger die Geräte bereits beschaffen können.

NIEDERSACHSEN

FAIRE UND OFFENE TARIFVERHANDLUNGEN

„Eben waren die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes noch systemrelevant und jetzt sind sie keine Tariferhöhung mehr wert!“ bringt der Lüneburger ver.di Gewerkschaftssekretär Robert Kirschner die Emotionen der Beschäftigten auf den Punkt – dies mit Blick

auf die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Ihren Frust darüber machten sodann Ende Juni vor dem DGB Gewerkschaftshaus in Lüneburg Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst deutlich. Dem Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, dem Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mädge verdeutlichten sie, dass auch in Zeiten von Corona mit ihrer Gegenwehr zu rechnen sein wird. Mit einer 30-monatigen Nullrunde und einer Ausweitung der ungeliebten leistungsorientierten Bezahlung ließen sie sich nicht abspeisen. Erklärtes Ziel der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GdP, GEW und IG BAU ist es, für die 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen eine Einkommenserhöhung durchzusetzen. Die Verhandlungen werden am 1. September aufgenommen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

BREITES BÜNDNIS FORDERT ENTSCULDUNG DER KOMMUNEN

Dienstag, 23. Juni fünf vor zwölf: Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, christlichen Akteuren, gesellschaftlichen Gruppen und weiteren Bündnispartnern forderte in einer gemeinsamen Aktion die Entschuldung der Kommunen und weitere Maßnahmen zur Stärkung ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit. Vor der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei spannten dafür die Bündnispartner um fünf Minuten vor 12 Uhr symbolische Schutzschirme für die Kommunen auf und machten so deutlich: Die Landesregierung muss sich endlich bewegen.

DIE LANDESREGIERUNG MUSS SICH ENDLICH BEWEGEN

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW unterstrich die Bedeutung der Kommunen und betonte, dass hier entscheidende Weichen für Chancengleichheit und das Funktionieren unserer Demokratie gestellt werden. Deshalb muss die Landesregierung Nordrhein-Westfalens „eine Lösung für die kommunalen Altschulden vorlegen und zusätzliche Maßnahmen einleiten, um



die coronabedingten kommunalen Steuerausfälle und gleichzeitigen Mehrkosten zu kompensieren“, so Weber.

Rheinland-Pfalz

MEHR CORONA-TESTS IN SCHULEN

Die GEW fordert das Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf das nächste Schuljahr auf, erheblich mehr Corona-Tests in den Bildungseinrichtungen durchzuführen. Dies auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zu einer Rückkehr zu einem möglichst regulären Schulbetrieb. Denn diesen sieht die Gewerkschaft als wichtig an, da so am besten das Recht auf Bildung für alle SchülerInnen umzusetzen sei. Dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz bei allen Entscheidungen handlungsleitend sein muss, sei die Voraussetzung dafür, dass möglichst viele KollegInnen ihren Präsenzunterricht wieder aufnehmen könnten. Weiter verwies die Gewerkschaft darauf, dass aufgrund des fehlenden Präsenzunterrichts bei einigen SchülerInnen Defizite entstanden seien, durch welche die Heterogenität der Klassen im neuen Schuljahr erheblich verstärkt werden würde. Sie betrachtet deshalb gezielte Förderungsmöglichkeiten mit zusätzlichem Personal in kleineren Lerngruppen als dringend notwendig. Einen umfangreichen Forderungskatalog zur Wiederaufnahme des regulären Schulbetriebs hat die GEW Rheinland-Pfalz auf ihrer Internetseite veröffentlicht.



Foto: istockphoto.com/anyalvanova

gew-rlp.de



gew-rlp.de

SAARLAND

ECKPUNKTE DES DOPPELHAUSHALTES 2021/22 VORGESTELLT

Am 21. Juni traf sich die saarländische Landesregierung zur Haushaltsklausur. Die beschlossenen Eckpunkte sehen für das Jahr 2021 Ausgaben von etwa fünf Milliarden Euro vor. Geplant sind u. a. In-

vestitionen ins Personal, die vor allem an den Schulen im Saarland Früchte tragen dürften. Denn ursprünglich war dort angedacht, 226 Lehrkräftestellen abzubauen – diese werden nun erhalten. Hinzu kommt, dass 52 Stellen entfristet werden und 73 neue Stellen für Lehrkräfte im Landeshaushalt ausgewiesen werden. Die GEW Saarland sieht hierin, gegenüber den ursprünglichen Haushaltsplanungen, einen großen Fortschritt, der dazu beitragen könne, die Personalsituation an den Schulen zu stabilisieren. Darüber hinaus will die Regierung ein Sicherheitspaket Saar schnüren, womit der Verfassungs- und Staatsschutz personell gestärkt werden soll, 32 weitere PolizistInnen eingestellt werden und die Saar-Justiz 73 neue Stellen bekommen wird. Für das Jahr 2022 wurden die beabsichtigten Ausgaben noch nicht beziffert.

SACHSEN

KEINE BELASTBAREN ANHALTSPUNKTE FÜR EINE REDUZIERUNG DES PERSONALBEDARFS

Zu diesem Ergebnis kommt die Kommission zur Ermittlung des künftigen Personalbedarfs, kurz Personalkommission II, im Freistaat Sach-

sen. Sie hat untersucht, welche Entwicklungen den künftigen Personalbedarf im Freistaat prägen werden. Dabei wurde die Aufgaben- und Personalstruktur für 1.977 Aufgaben und circa 95.000 Personen in den Blick genommen. Das Ergebnis ist deutlich: In den nächsten Jahren sieht die Kommission keine belastbaren Anhaltspunkte für eine Reduzierung des Personalbedarfs. Im Gegenteil: besonders in den kommenden Jahren müsse es gelingen, Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Abzusehen sei, dass verschiedene Entwicklungen anhaltend einen höheren Personalbedarf erzeugen würden. Zu diesen würden vor allem die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes und Folgewirkungen aus neuen rechtlichen Anforderungen – beispielsweise im Verbraucher-, Umwelt- und Naturschutzrecht – zählen. Zusätzlich verstärkten über 40.000 Personalabgänge bis 2030 die demografische Herausforderung im Bereich des Landespersonals.

**ZUSÄTZLICH
ÜBER 40.000
PERSONALAB-
GÄNGE BIS 2030**

BSW-Bezügekonto der Commerzbank

Das kostenfreie Konto, das Geld hinzuverdient!*



Einmalige Vorteile für den Öffentlichen Dienst!

- + **100 EUR** Startguthaben*
- + Mindestgeldeingang lediglich 1 Cent*
- + Gebührenfreie Kontoführung*
- + Beitragsfreie BSW-Nutzung*
Mit BSW bekommen Sie bei Ihren Einkäufen Geld zurück auf Ihr BSW-Bezügekonto.
- + **B-Tarif für die ganze Familie:**
Auch Ihre Kinder und Lebenspartner können das Konto eröffnen.

**Jetzt noch bis
30.09.2020
100 EUR Startgut-
haben* sichern!**

Jetzt Konto eröffnen!

bsw-bezugekonto.de

Oder bei einer von rund
1000 Filialen der Commerzbank



* Kostenlos nur bei privater Nutzung, ab 0,01 Euro mtl. Mindestgeldeingang, sonst 9,90 Euro je Monat, belegloser Kontoführung und Nutzung von Commerzbank-/Cash Group-Geldautomaten. Zusätzlich fallen 2,50 Euro je Vorgang/Scheck für beleghafte Inlands-/SEPA-Überweisungen, Einzug von auf Euro ausgestellten Inlandschecks sowie je Bargeldaus- und Bargeldeinzahlung am Schalter der Commerzbank an. Diese und alle weiteren Bedingungen und Informationen finden Sie unter www.bsw-bezugekonto.de.

Info unter:

Telefon: 0800 444 00 14

(gebührenfrei; Mo - Fr: 8:00-19:00 Uhr)



bsw-bezugekonto.de



BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst

KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

Klinik Graal-Müritz

Internistische und onkologische Erkrankungen. Die Therapie – eine Kombination aus Schulmedizin, Ganzheitsmedizin, Naturheilverfahren u.a.



www.Klinik-Graal-Mueritz.de



Gesundheitszentrum Oberammergau

Die Fachklinik am Kofel im Gesundheitszentrum Oberammergau ist bundesweit eine der führenden Adressen im Bereich Rehabilitation.



www.gesundheitszentrum-oberammergau.com



Stillachhaus Privatklinik

Renommierte Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Die Klinik liegt über Oberstdorf im Allgäu auf einem sonnigen Hochplateau.



www.stillachhaus.de



Kliniken für Psychosomatik und Psychotherapie

Depressionen, Angststörungen, Burnout, Essstörungen, Posttraumat. Belastungsreaktionen, Persönlichkeits- und Psychosomatische Störungen.



www.dr-reisach-kliniken.de



Ev. MutterKindKlinik Spiekeroog, Dünenklinik

Erschöpfungszustände, psychosomatische Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege und der Haut, Erkrankungen des Bewegungsapparates.



www.duenenlinik.de



Klinik Sonneneck

Spezialisierte Fachklinik für onkologische und hämatologische AHB-, AR- und Reha-Maßnahmen sowie Mitbehandlung von Atemwegserkrankungen.



www.rehaklinik.net



Nordseeklinik Westfalen

Erkrankungen der Lunge und Atemwege: COPD, Asthma, Lungenemphysem, Alpha-1-Antitrypsinmangel, Erschöpfungssyndrom, Präventionsmaßnahmen.



www.nordseeklinik.online



Hier könnte „Ihr Empfehlungseintrag“ stehen...

Rufen Sie uns einfach an Christa Jäcker Tel. 0201 776251 oder schreiben Sie uns eine E-Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de



www.marketing-oeffentlicher-dienst.de



SACHSEN-ANHALT

PERSONALRATSWAHLEN 2020:
NEUER WAHLTERMIN EMPFOHLEN

Mit dem Gesetz zur Verschiebung der Personalratswahlen 2020 hatte das Landesparlament in Sachsen-Anhalt am 2. April die rechtliche Grundlage zur Verschiebung der Personalratswahlen geschaffen. Diese waren eigentlich für das Frühjahr 2020 vorgesehen, konnten aber aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Die



Foto: istockphoto.com/smartboy10

Neuwahlen der Personalvertretungen 2020 sind nun im Zeitraum vom 1. Juni bis zum 4. Dezember nachzuholen. Das Ministerium für Finanzen hatte im Juni den Wahlkalender für die Personalratswahlen 2020 im Ministerialblatt und damit eine unverbindliche Empfehlung zum Wahltag – der 2. Dezember, der bei mehrtägigen Wahlen als letzter Wahltag angeraten werde – veröffentlicht. Demnach müssten sich bis spätestens zum 31. August die bestehenden Wahlvorstände erneut bekannt machen. Im Falle der Abberufung eines Wahlvorstandes durch den Personalrat wäre dieser ebenfalls bis zum 31. August neu zu berufen und bekannt zu machen. Anschließend hätten die üblichen Schritte, entsprechend der im Landespersonalvertretungsgesetz bzw. der Wahlordnung vorgegebenen Fristen zu folgen. Bis spätestens 16. Dezember müssten dann die konstituierenden Sitzungen der neuen Personalvertretungen erfolgt sein. Die Amtszeit für die neu gewählten Gremien beginnt zum 01.01.2021.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

WO BLEIBEN DIGITALE ENDGERÄTE
FÜR LEHRKRÄFTE?

Wie von der Bildungsgewerkschaft GEW schon seit langem gefordert, soll es nun für die Schulen Software geben, die geprüft und auch mit dem Datenschutz zu vereinbaren ist. *Itslearning* heißt das

Lernmanagementsystem, das – wie von Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Ende Juni bekannt gegeben wurde – in Schleswig-Holsteins Schulen Anwendung finden soll. Laut der stellvertretenden GEW-Landesvorsitzenden Katja Coordes ist das Programm bereits in skandinavischen Ländern und auch anderen Bundesländern gut erprobt. Die GEW begrüßt daher die Einführung des Programms. Kritisch sieht die Gewerkschaft jedoch die mangelnde Dynamik bei der digitalen Infrastruktur. Diese müsse noch weiter mit Schwung ausgebaut werden. Es fehle Lehrkräften an modernen Dienstgeräten. „NRW macht es vor. Dort wird ordentlich Geld in die Hand genommen, um Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten auszustatten. Daran sollte sich Schleswig-Holstein ein Beispiel nehmen“, kommentierte Coordes die Situation.

THÜRINGEN

DGB FORDERT KONJUNKTUR- UND
INVESTITIONSPROGRAMM

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um ein Konjunkturpaket für Thüringen machte der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen Michael Rudolph klar, dass der DGB die Forderung danach ausdrücklich unterstütze. Dies muss allerdings „sozial-ökologisch ausgerichtet und passgenau auf die Programme des Bundes abgestimmt sein“, forderte Rudolph. Der Freistaat Thüringen habe viele Jahre besonders wenig investiert, erst 2019 und 2020 konnten die Investitionsmittel des Landes und der Kommunen gesteigert werden. Perspektivisch sei nach Ansicht Rudolphs der Bedarf an öffentlichen Investitionen in Thüringen hoch. Vor allem müsse für Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern oder auch bei der Digitalisierung und der Verkehrswende Geld in die Hand genommen werden. Zusätzlich fordert der



Foto: istockphoto.com/Marcus Millo

DGB Hessen-Thüringen die massiven Einnahmeausfälle der Kommunen durch das Corona-Steuerrecht des Bundes auszugleichen. Dies könne den Kommunen die notwendigen Investitionen in die Daseinsvorsorge wieder ermöglichen.

Ein halbes Jahr DGB-Initiative

VERGISS NIE, HIER

Im Februar starteten wir die DGB-Initiative *Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch*, um eine Frage zu stellen, über die kurze Zeit später ganz Deutschland diskutieren sollte: Wie gehen wir eigentlich mit den Beschäftigten um, die den Laden am Laufen halten?

Aktuell werden durch die Corona-Krise die Bruchstellen unserer Gesellschaft deutlich. Dennoch stellen wir einmal mehr fest: BürgerInnen in unserem Land können sich auf die Beschäftigten im öffentlichen und im privatisierten Sektor verlassen – auch in besonders schwierigen Zeiten. Im Gegenzug bekommen sie jedoch nicht von jedem den Respekt, der ihnen zusteht. Neu ist das alles nicht: Denn die Gefahr durch Corona überlagert aktuell nur ein weiter vorhandenes Problem. Beleidigungen, Drohungen und tätliche Angriffe: Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft – egal ob bei der Polizei, auf Ämtern, in Krankenhäusern oder den Verkehrsbetrieben – ist inzwischen zum Massenphänomen geworden.

Das war Anfang 2020 für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften Grund genug, tätig zu werden. Im Rahmen unserer Auftaktveranstaltung zur Initiative erzählten Betroffene von ihren Erfahrungen und diskutierten mit GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Justiz und Politik über Lösungsansätze. Über 150 TeilnehmerInnen und Interessierte kamen dafür Mitte Februar aus ganz Deutschland nach Berlin und unterstrichen damit erneut, wie wichtig das Thema ist. Anschließend ging der DGB mit der Initiative in die Öffentlichkeit. In 22 Städten zeigten hunderte Großplakate echte Beschäftigte, die ihre Gewalterfahrungen

drastisch auf den Punkt bringen: „Ich lösche ein brennendes Haus – Und Du bewirfst mich mit Böllern?“ Kommunen, Beschäftigte und Gewerkschaftsgliederungen brachten an ihren Dienstgebäuden Banner an, schrieben Artikel und führten eigene Aktionen und Veranstaltungen durch, um sich hinter unsere Forderungen zu stellen. Selbst in Dänemark wurde über Aktionen in

„Ich lösche ein brennendes Haus – Und Du bewirfst mich mit Böllern?“

Schleswig-Holstein berichtet. Zudem hat die EVG kürzlich in ihrer Podcast-Reihe *Durchsage* die Problematik besprochen. Auch in den sozialen Medien war und ist der DGB mit der Initiative dauerpräsent.

Dass sich die Diskussion über systemrelevante Berufe und die Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft mit der Corona-Krise verschoben hat, ist verständlich und auch wichtig. Trotzdem ist klar: Die Gewalt gegen Beschäftigte hört dadurch nicht auf. Deshalb setzt der DGB die Initiative fort: „Unsere Initiative erinnert an das, was in den Köpfen gestresster oder frustrierter Bürgerinnen und Bürger viel zu oft verloren geht: Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch. Mit dieser Botschaft streiten wir in der Öffentlichkeit, bei Arbeitgebenden und der Politik für einen Bewusstseinswandel und für greifbare Verbesserungen für die Menschen, die täglich für uns im Einsatz sind“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Der DGB wird im Herbst gezielt die Politik ansprechen, um sichere Arbeitsbedingungen, mehr Schulungen und eine bessere Betreuung von Opfern einzufordern. Ein Austausch hierzu hat bereits mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat begonnen. Daneben planen wir Webinare zu den Themen Prävention, Selbstschutz und Nachsorge, einen Podcast und Veranstaltungen für Personal- und Betriebsräte zu Schulungszwecken.



Mehr zum Thema: dgb.de/mensch

ARBEITET EIN MENSCH



VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH



VERANSTALTUNGSHINWEIS

JAV-KONFERENZ 2020: FÜR STARKE JAVEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Vom 30. November bis 2. Dezember wird eine von der Gewerkschaft ver.di organisierte Jugend- und Auszubildendenvertretung-Konferenz in Radebeul stattfinden. Zur Teilnahme eingeladen sind Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus dem öffentlichen Dienst aus ganz Deutschland, die Lust auf neue Infos, Fakten und Ideen für ihre Arbeit haben. In dieser Veranstaltung werden Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die eine Freistellung und Kostentragung durch die Dienststelle rechtfertigen. Eine Teilnahme und Kostentragung kann also nach § 46 Abs. 6 BPersVG bzw. analog nach den Landespersonalvertretungsgesetzen in der Dienststelle beantragt werden.



Das Programm und das Anmeldeformular sowie weitere Informationen unter gemeinden.verdi.de/service/veranstaltungen

LITERATUR TIPP

BASISKOMMENTAR BUNDESPERSONALVERTRETUNGSGESETZ

Anfang Juli ist der aktualisierte Basiskommentar (9. Auflage) zum Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) im Bund-Verlag erschienen. Mit prägnanten und praxisnahen Erläuterungen bietet dieser eine gut verständliche und zuverlässige Orientierungshilfe für alle, die mit dem Bundespersonalvertretungsgesetz und den ergänzenden vertretungsrechtlichen Vorschriften für Gerichte, Bahn, Post, Bundeswehr und NATO-Stationierungstreitkräfte arbeiten müssen. Die aktuelle Rechtsprechung, vorrangig die des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts, ist in der neuen Auflage eingearbeitet.



Das Buch (ISBN 978-3-7663-6888-1) kann über den Online-Shop des Bund-Verlags bezogen werden: shop.bund-verlag.de

ONLINE-UMFRAGE

WALD KLIMA SCHUTZ

Im Rahmen der Kampagne Wald Klima Schutz ruft die Gewerkschaft IG BAU Beschäftigte aus Forst und Naturschutz zur Teilnahme an einer Online-Umfrage auf. Mit der Umfrage möchte die Gewerkschaft Erkenntnisse zur veränderten Arbeitsbelastung der Beschäftigten in Zeiten des Klimawandels gewinnen. Etwa 10 Minuten nimmt das Beantworten der Fragen in Anspruch. Interesse? Dann hier entlang...



kurzelinks.de/0ky8

ZAHLN, DATEN, FAKTEN

ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Ergebnissen mitteilt, waren in Deutschland zum Stichtag 30.06.2019 rund 4,89 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst – im Bund, den Ländern und Kommunen sowie bei den Sozialversicherungen einschließlich der Bundesagentur für Arbeit – tätig. Das waren 83.400 Personen oder 1,7 Prozent mehr als 2018. Der Beschäftigtenzuwachs erklärt sich, wie auch im Jahr zuvor, vor allem mit mehr Personal bei der Polizei und in Kitas. So kamen im Zeitraum Mitte 2018 bis Mitte 2019 bei der Polizei 6.800 Beschäftigte hinzu, in Kitas wurden 11.900 neue ErzieherInnen eingestellt.

SO VIELE BESCHÄFTIGTE ZÄHLT DER ÖFFENTLICHE DIENST

2018 **4,80 Mio**



2019 **4,89 Mio**



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT 2019 / 2020

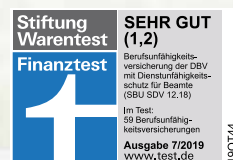
Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.



Gerade im Job angefangen und schon an mögliche Risiken denken? Ja, denn je früher vereinbart, umso günstiger wird der finanzielle Schutz der **DBV Dienstunfähigkeitsversicherung** speziell für **Berufseinsteiger**.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **DBV.de**.



Eine Marke der AXA Gruppe

Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.



Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Bestellung

per E-Mail: info@d-b-w.de
 per Telefon: 0211 7300335
 per Telefax: 0211 7300275
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner,
auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig